

Ende Oktober 2008

Warnung

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Mehrheit die Wahrheit bestimmt, dann dürfen Sie diese Analyse nicht lesen. Sie wurde von der FAZ, der Süddeutschen Zeitung, vom Handelsblatt und Financial Times Deutschland (meistens auf die charmante Art, der Nicht-Beantwortung meines Briefes) abgelehnt.

Ich war eigentlich nicht überrascht. Als ich seinerzeit den Untergang des Kommunismus prognostiziert habe, hat man meine Texte auch abgelehnt; mein Buch zum Thema lag zwei Jahre beim Verlag und kam erst an der Schwelle 1988/89 raus. Damals wie heute sage ich in solchen Fällen: Warten wir es ab. Allerdings würde ich es mir diesmal wünschen, dass ich mich irre.

Peter Robejsek

Endet die Globalisierung wie vor hundert Jahren?

Im Jahre 1910 veröffentlichte der Nobelpreisträger Norman Angell seinen Weltbestseller „The Great Illusion“. Er vertrat darin die Meinung, dass die Interessen der Großmächte so verbunden und die Vernetzungen der Volkswirtschaften so eng seien, dass Kriege keinen Sinn mehr hätten. Vier Jahre später brach die internationale Ordnung zusammen.

Auch heute wird vielfach die Meinung vertreten, dass die Wirtschaftskrise nur eine Störung der Globalisierung sei; danach würde alles (vielleicht sogar noch schneller) weitergehen. Gegen eine Portion Optimismus ist nichts einzuwenden. Es ist aber zu kurz gedacht, wenn wir nur von einer Wirtschaftskrise sprechen und die welt- und machtpolitischen Zusammenhänge ausklammern. Beim genaueren Hinsehen stellen wir nämlich fest, dass tiefgehende Prozesse der Umverteilung der Macht und des Wohlstandes verlaufen; sie haben historische Ausmaße und bergen in sich beträchtliche Risiken. Um das Schlüsselereignis und Katalysator dieser Prozesse zu erkennen, sollten wir zwei Dekaden zurückblicken.

Der halbe Sieg im Kalten Krieg

Jahrzehntelang ersparte uns der Kalte Krieg die gewaltsame Systemauseinandersetzung. Auch der Sieg des Westens im Jahre 1989 war gewaltlos, aber leider auch nur unvollständig. Das vorschnell konstatierte „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), d.h. die Entstehung einer westlich geprägten Weltordnung blieb aus. Die demokratischen Freiheiten konnten sich eben nicht weltweit durchsetzen. So blieb die Welt politisch geteilt, ist aber zugleich wirtschaftlich grenzenlos geworden. Die westlichen marktwirtschaftlichen Konzepte konnten sich seitdem (ob in ihrer sofistizierten oder rudimentären Form) praktisch weltweit durchsetzen. Besonders hohe Effizienz entfalten sie eben dort, wo die Demokratisierung ausgeblieben ist. In China, Russland oder Venezuela wird die Umsetzung der wirtschaftlichen Logik nicht durch politische Freiheiten „gestört“.

In dieser wirtschaftlich grenzenlosen und politisch geteilten Welt wird der Wettbewerb um die höchste Kapitalverzinsung ausgetragen. Im Westen sind die Potentiale der Kapitalverzinsung nur begrenzt; die hochentwickelten Volkswirtschaften zeichnen gleichermaßen hohe Arbeitsproduktivität und Produktionskosten aus. Dagegen sind in den meisten aufstrebenden Ländern (z.B. der sog. BRIC- Gruppe) die Reserven für die Kapitalverzinsung deutlich höher.

Hinzu kommt noch, dass in den westlichen Demokratien der Wohlstand nicht nur nach wirtschaftlicher Leistung, sondern auch nach Gerechtigkeitsvorstellungen verteilt wird; die politische Stabilität wird dadurch zwar gestärkt, die ökonomische Effizienz aber gesenkt. Alle diese Tatsachen führen im Endeffekt zur schrittweisen Umschichtung des Wohlstandes und der Macht von den etablierten zu den arrivierten Mächten.

Grenzenlose Überforderung

Vor vier Jahren schrieb der irische Historiker Niall Ferguson einen Aufsatz über die Ähnlichkeiten zwischen der Zeit 1870 - 1914 und heute. Vor hundert Jahren war die amerikanische Volkswirtschaft die größte der Welt, China gab Anlass zu großen Hoffnungen und auch Russland wuchs schnell. Ähnlich wie heute gab es damals aufstrebende Mächte, einen relativ freien Welthandel,

minimale Regulierung der Finanzströme, niedrige Inflation, relativ schwache Begrenzungen der Migration und schnelle Entwicklung der Märkte; eine Früh-Globalisierung, die im Jahre 1914 durch den I. Weltkrieg beendet wurde. Ist heute eine ähnliche Entwicklung völlig ausgeschlossen oder sind wir längst mittendrin?

Die westliche Führungsmacht ist heute etwa dort, wo vor hundert Jahren Großbritannien stand; im Zenit ihrer hegemonialen Macht und unter „imperial overstretch“ leidend. Der amerikanische Zukunftsforscher Gerald Celente, dessen Prognosen beängstigend exakt sind, sagt für das Jahr 2012 politische Unruhen in den USA voraus.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte kürzlich seine Schätzung der infolge der Finanzkrise entstandenen Verluste auf 1400 Mrd. \$ angehoben; nach anderen Schätzungen liegen sie sogar bei über 2000 Mrd. \$. Einige Staaten, wie Lettland, Ungarn, die Ukraine und Island mussten bereits vor dem Bankrott gerettet werden. Warum sollte es gescheiterte Staaten nur in Afrika geben?

In der jüngsten Zeit zeigt es sich, dass die wirtschaftliche Grenzenlosigkeit namens Globalisierung auch die bisher erfolgreichereren Aufsteiger überfordert. China hat zunehmend mit den Folgen seiner stürmischen Entwicklung (von der Umweltverschmutzung bis zur Korruption) zu kämpfen. Akute Sorgen bereitet Beijing die steigende Anzahl politischer Unruhen (Streiks und Angriffe auf Parteifunktionäre) und die Arbeitslosigkeit. Der russische Staatshaushalt ist mit 95 \$ pro Ölfass kalkuliert; die Beliebtheit und Autorität der russischen Führung hängen am Öltropf. Aktuell liegt der Ölpreis bei 40 \$, der Rubel verlor im Vorjahr 14 Prozent seines Wertes und die Devisenreserven sanken (im letzten Quartal 2008) um gut ein Fünftel.

Die westlichen Gesellschaften treffen die aktuellen Umwälzungen in der Defensive, die aufstrebenden Mächte in der Aufstiegsphase. Sowohl die etablierten als auch die arrivierten Mächte sind durch die chaotischen Entwicklungen in der grenzenlosen Welt überfordert. Um stabil zu sein, verlieren die einen zu viel und die anderen gewinnen nicht genug. Wie bereits erwähnt, sind die demokratischen Gesellschaften dadurch belastet, dass sie an das Effizienzdiktat der grenzenlos globalisierten Welt politisch schlechter als die undemokratischen Marktwirtschaften angepasst sind. Diese Aufsteiger-Länder profitieren davon und werden folglich in einem so schnellen Tempo wirtschaftlich und machtpolitisch gestärkt, dass sie dadurch sozial instabil werden.

III. Weltkrieg auf Raten?

Die Konfliktkonstellationen der Globalisierung werden von den Eliten vornehmlich ökonomisch auf- und angefasst, obwohl der Wettbewerb um Energieressourcen, Arbeitsplätze und Marktanteile immer auch handfeste macht- und sicherheitspolitische Ursachen und Folgen hat. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass den Staaten und den internationalen Organisationen sowohl die Lösungsansätze als auch die Handlungsfähigkeit fehlen, um die Stabilität im globalen Ausmaß sicherzustellen.

Vielmehr scheint es, dass sich die Krisensituationen häufen und verschärfen. Die Abfolge der Ereignisse des Jahres 2008 war eines Politthrillers würdig und wirft auch heute noch die bange Frage auf: Ist der Show-down bereits hinter oder noch vor uns?

Vor knapp hundert Jahren wurde die Globalisierungsphase und der Wettbewerb der damaligen Großmächte um die Vormachtstellung durch den I. Weltkrieg beendet. Er führte zur gewaltsamen Trennung der Märkte, durch die ökonomische Kriegsführung und den Nachkriegsprotektionismus. Die Preise stiegen, eine Reihe der großen Volkswirtschaften glitten in eine tiefe Wirtschaftskrise; der technologische Fortschritt kam genauso wie der Konsum zum Stillstand. In China brach der Bürgerkrieg aus und Russland versank in der Revolution.

Könnte es sein, dass die jetzige Globalisierungsphase auf eine ähnliche Art und Weise, wie 1914 beendet wird? Spielt sich im Staccato der Krisen der III. Weltkrieg auf Raten ab? Oder ist es immer noch nur ein Vorspiel zu einer wirklich großen Auseinandersetzung? Maßlose Übertreibung? Von den meisten Beobachtern wird verkannt, dass es auch heute letztlich darum geht, unter welchen Umständen die Phase einer stärkeren politischen Regulierung der Weltwirtschaft eingeläutet wird - gewaltsam oder geordnet. Wir sollten also ganz nüchtern fragen: Ist es möglich, diesen Übergang - diesmal ohne eine gewaltsame Eskalation - herbeizuführen?

Grenzen ziehen

Um eine gewaltsame Konfrontation der etablierten und aufstrebenden Mächte zu verhindern, sollte die durch wirtschaftliche Grenzenlosigkeit außer Kontrolle geratene Globalisierung zurückgefahren werden und damit näher an die unverändert bestehende politische Teilung der Welt angepasst werden. Konkret würde dies bedeuten, die globalen Geld- und Warenströme durch gezielte und dosierte Eingriffe zu verlangsamen und ihre Reichweite zu begrenzen, lokale Produzenten zu stärken und

expansive Konsummuster in der Wohlstandsgesellschaft zurückzufahren. Die Weltwirtschaftskrise würde eine solche dosierte Abkühlung begünstigen; sie zieht ohnehin alle Akteure nach unten und schwächt das unbändige politische und wirtschaftliche Momentum.

Welchen Sinn würde es haben? Da sich die Omnipotenz der Größe und Globalität leider auch auf die Überproduktion von Krisen und Konflikten erstreckt, könnten wir doch auch mal die Subsidiarität ausprobieren. Das wohldosierte Entkoppeln und Entschleunigen würde die Übersichtlichkeit steigern, Kausalketten leichter erkennen lassen, Zeit für Anpassungen und Kapazitäten für Lösungen freimachen und damit zur Stabilisierung der Lage beitragen.

Aber die Probleme sind doch global und bedürfen deshalb globaler Lösungen! Richtig, aber was nützt uns diese Erkenntnis, wenn die Politik bei Gefahr im Verzug (und auch sonst) zunehmend nationalstaatlich agiert? Spätestens seit der Jahrtausendwende versuchen die Regierungen auf der ganzen Welt, ihre Wirtschaft dem Einfluss der globalisierten Ökonomie und ihre Politik der Disziplinierung durch die Bündnisse und Organisationen zu entziehen; die inflationär verbreitete „strategische Partnerschaft“ ist nicht zufällig meistens bilateral. Die Bemühungen um globale Übereinkünfte, ob zur Energiepolitik oder Freihandel scheitern doch laufend am Widerstand und Eigeninteresse wichtiger staatlicher Akteure. Oder denken wir an die französischen „nationalen Champions“, an die besondere Rücksichtnahme auf die deutsche Automobilindustrie oder an das Sperrfeuer der spanischen Regierung bei dem Versuch von EON, den Energiekonzern Endessa zu übernehmen.

Dass solche politische Einflussnahme ökonomisch unvernünftig sei? Ohne Zweifel. Sie ist aber zugleich politisch unverzichtbar. Den Regierungen fällt die Entscheidung dafür mit jeder Krisenzuspitzung leichter und leichter. Ihr „wirtschaftlicher“ Profit ist nämlich die politische Stabilität ihres Landes und diese kann man sowohl auf einem gesunkenen Wohlstandsniveau als auch beim gebremsten Aufstieg zur Großmacht erreichen.

Der Preis der skizzierten wirtschaftlichen Begrenzung wäre für die westlichen Wohlstandsgesellschaften die Senkung des Lebensstandards und für die aufstrebenden Mächte die Verlangsamung ihres Aufstiegs. Ein zu hoher Preis? Nein, wenn damit Schlimmeres verhindert werden würde.